

Antrag 145/I/2019

KDV Marzahn-Hellersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Krankenhaus-Wahlleistungen

1 Die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin
2 wird aufgefordert, durch Verhandlungen mit ihren Ko-
3 alitionspartnern darauf hinzuwirken, dass die Entgelte
4 der von Deutschlands größtem kommunalen Kranken-
5 hauskonzern Vivantes als „Wahlleistungen“ deklarierten
6 Krankenhaus-Leistungen (z.B. Ein- oder Zweibettzimmer)
7 für Pflichtversicherte auf ein sozial verträgliches Maß re-
8 duziert oder ganz gestrichen werden.

9

10 **Begründung**

11 Der landeseigene Krankenhauskonzern Vivantes bietet
12 seinen Patienten bei der Aufnahme unterschiedliche
13 Wahlleistungen an, für die zusätzliche Entgelte zu ent-
14 richten sind. Darunter fallen auch solche 'Wahlleistungen'
15 wie das Zweibettzimmer (kein sogen. 'Komfort-Zimmer!').
16 Wählen die Patienten bei der Aufnahme das Zweibett-
17 zimmer, ist hierfür eine tägliche Zusatzzahlung bis zu
18 53,63 € zu zahlen ist.

19 Die von den Krankenhäusern erbrachten Leistungen wer-
20 den üblicherweise durch die Krankenkassenbeiträge der
21 Pflicht-Versicherten erbracht. Es ist daher nicht zu akzep-
22 tieren, dass Vivantes für ein Zweibettzimmer in Standard-
23 ausstattung eine zusätzliche Kostenbeteiligung in der Hö-
24 he des Preises eines Hotelzimmers verlangt.

25 Es ist erklärtes Ziel der SPD, die sogenannte 'Zwei-Klassen-
26 Medizin' abzuschaffen. Wenn das ernsthaft umgesetzt
27 werden soll, darf nicht durch das System der Wahlleistun-
28 gen für Pflichtversicherte eine dritte Klasse von Kranken
29 geschaffen wird, nämlich diejenigen Patienten (Hartz-IV-
30 Bezieher, Niedriglöhner etc.), die sich ein 2-Bett-Zimmer in
31 einem landeseigenen Klinikum nicht leisten können.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Votum der ASG: Ersetzung durch die umfassendere Forde-
rung für alle Krankenhäuser:

Die Fraktion der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin
wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass als „Wahlleis-
tungen“ deklarierten Krankenhaus-Leistungen (z.B. Ein-
oder Zweibettzimmer) **im Land Berlin** für Pflichtversiche-
te auf ein sozial verträgliches Maß reduziert oder ganz ge-
strichen werden.

Begründung des Votums der ASG: Die sozialpolitisch von
der ASG unterstützte Forderung sollte sich auf alle Kran-
kenhäuser in Berlin beziehen.